

AKTUELL

ATOMINDUSTRIE

Stresstests im Test

Richard Graf

Greenpeace unterzog die Atomzentralen-Stresstests der European Nuclear Safety Regulations Group (ENSERG) einer eingehenden Prüfung und kommt zu alarmierenden Ergebnissen.

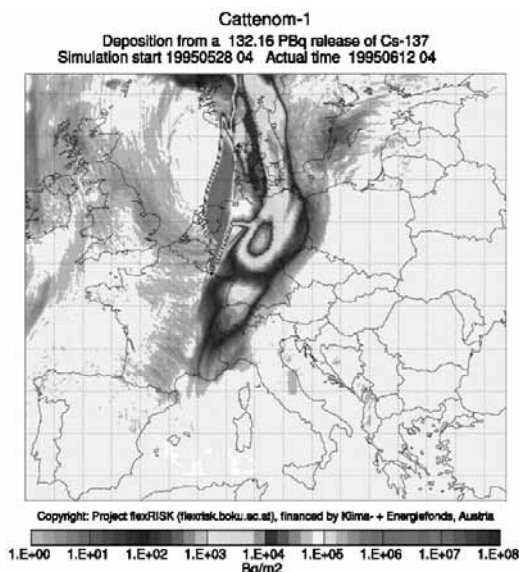
Im Juni hat die EU-Kommission dem Ministerrat den Schlussbericht zur ersten Phase den in der Folge der Fukushima-Katastrophe durchgeführten Stresstests der 143 europäischen Atomreaktoren vorgelegt. Zwei Expertinnen, die österreichische Ingenieurin Antonia Wenisch und die deutsche Diplomphysikerin Oda Becker gehen hart ins Gericht mit den Verfassern des Berichtes, denen sie einen Mangel an Glaubwürdigkeit, Transparenz und Unabhängigkeit vorwerfen. Für Oda Becker, die gestern in Luxemburg weilte, um ihre Studie der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission vorzustellen, steht fest: Die Gesamtstudie beruht auf unvollständigen Basisinformationen. Die Stresstests sind eigentlich nichts anderes als eine Art Selbstevaluierung der Atomindustrie. Die Tests beschränken sich auf wenige vorhersehbare Szenarien, die es eben nicht erlauben, die eigentliche Reaktorsicherheit auf vernünftige Weise zu evaluieren.

In Fukushima und in Tschernobyl war es eine Verkettung von statistisch als „unwahrscheinlich“ eingeschätzten Vorfällen, die zur Katastrophe geführt haben. Solche Betrachtungen, die von unabhängigen WissenschaftlerInnen im Vorfeld der Stresstests in die Diskussion eingebracht worden waren, hat die ENSERG ganz einfach ignoriert. Nach Sicht der von Greenpeace in Auftrag gegebenen Gegenstudie sind es vor allem Faktoren wie das hohe Alter einiger Zentralen, das Fehlen einer gefilterten Ventilation oder die nicht doppelt ausgeführten Hüllen bei manchen Zentralen, die nicht entsprechend in die Testszenarien eingeflossen sind. Außerdem sei dem Problem des mangelnden Überschwemmungsschutzes bei einigen Zentralen nicht Rechnung getragen worden. Eine Fehleinschätzung die ja in Fukushima fatale Folgen hatte.

Roger Spautz von Greenpeace Luxemburg sieht in den Stresstests lediglich „den Versuch, das Vertrauen in die Atomenergie nach der Katastrophe von Fukushima wieder herzustellen“. Es sei wichtig, die Stresstests auszuweiten. Nur so sei eine komplette Bestandsaufnahme möglich. Greenpeace fordert auch, dass für die in ihrer Studie genannten Mängel in verschiedenen Zentralen sofort die notwendigen Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Solche Zentralen, bei denen nach Einschätzung der Studie keine hundertprozentige Sicherheit gewährleistet werden kann, sollten sofort geschlossen werden. Das wäre für die französischen Atommeiler von Cattenom, Fessenheim und Gravelines, sowie Doel und Tihange in Belgien der Fall.

Die Unterredung mit der EU-Kommission fällt zwiespältig aus. „Man hat unsere Kritik gehört und teilweise auch akzeptiert“, so Oda Becker zur woxx. Doch Reaktorsicherheit ist Sache der einzelnen Mitgliedsstaaten. Da Atomkatastrophen nicht vor Staatsgrenzen halt machen sollen jetzt immerhin die grenzüberschreitenden Warn- und Evakuierungsszenarien überprüft und verbessert werden.

Dafür wurde es Zeit: Zusammen mit der Studie ließ Greenpeace auch neue Berechnungen aufstellen, wie sich im Falle eines Unfalls bei den als nicht so sicher eingeschätzten Atomzentralen radioaktive Wolken in Europa verbreiten könnten. Besonders stressig wird es für Luxemburg, wenn in Cattenom etwas passiert. Das Land müsste komplett evakuiert werden und wäre im Fall der Fälle für Jahrhunderte unbewohnbar.



SHORT NEWS

Neue Zeitungen digitalisiert

„Wächter an der Sauer“, „d'Wäschfra“, „De Mitock“, so heißen einige der Presseorgane aus früheren Zeiten, die lange Zeit nur im Mikrofilmformat in Nationalbibliothek oder Nationalarchiv eingesehen werden konnten. Doch das Digitalisierungsprogramm der Nationalbibliothek schreitet voran. So wird es sicher viele freuen, dass etwa das satirische Blatt „D'Wäschfra“, das von 1868 bis 1884 die Luxemburger Politik kritisch beleuchtete, nun nicht nur leichter zugänglich ist, sondern auch nach Stichworten abgesucht werden kann. Aufschlussreich ist auch „De Mitock“, der kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs das rechte Treiben in Luxemburg kritisch kommentierte und in dem auch Exildeutsche wie Karl Schnog schrieben. Ein regelrechter Leckerbissen ist schließlich „Der arme Teufel“: Die „sozialdemokratische Zeitung“ war Anfang des 20. Jh. das erste Blatt, in dem sich die Arbeiterbewegung ausdrückte. Und in dem - eine Novität für Luxemburg - auch Frauen zur Feder griffen: Feministinnen natürlich, andere wagten das damals noch nicht. Auch für die Geschichtswissenschaft bietet die Digitalisierung dieser Titel neue, spannende Recherchemöglichkeiten. Das auf den Geschmack gekommene Publikum wünscht sich nun natürlich weitere Titel, vor allem aber, dass die Recherchefunktionen noch ergonomischer werden.

Gen-Saatgut breitet sich weiter aus

Paraguays neuer Präsident, Frederico Franco, der Ende Juni mittels Amtsenthebungsverfahren an die Macht gekommen ist, begehe mit der Gen-Saat-Zulassung per Dekret Verfassungsbruch, heißt es in einer Pressemitteilung der deutschen Grünen. Die Gen-Saat werde an allen Umweltgesetzen und vorgeschriebenen Prüfverfahren vorbei erlaubt. Die Wirtschaftselite des Landes, die in enger Beziehung mit transnationalen Agrarkonzernen stehe, habe sich in dem verdeckten Putsch gegen den Präsidenten Fernando Lugo durchgesetzt. Auch in den USA geht die Zulassung von Gen-Pflanzen und ihren Pestiziden weiter: So will der viel kritisierte Olympia-Sponsor „Dow Chemical“ den Einsatz des Herbizides 2,4-D in den USA ausweiten. Das giftige Pestizid, das mit Krebs, endokrinen Störungen, Reproduktionstoxizität, Nieren- und Leberschäden in Verbindung gebracht wird und das als Bestandteil von Agent Orange im Vietnamkrieg zum Einsatz kam, soll auf Feldern versprüht werden, auf denen 2,4-D-toleranter transgener Mais (gv-Mais) angebaut wird. Zudem steht der Import von 2,4-D-tolerantem gv-Mais als Nahrungsmittel nun auch in anderen Ländern, wie etwa Südafrika, kurz vor der Zulassung.

Ministères versus médiateur

« Le ministère de la Famille et de l'Intégration ne partage pas l'argumentation du médiateur qui estime que la loi modifiée du 14 mars 1973 portant création d'instituts et de services d'éducation différenciée introduit une gratuité absolue », ainsi la réponse du Gouvernement à une question parlementaire de Marie-Josée Frank (CSV). A la base de cette prise de position sont trois familles, qui en 2010 ont contesté être redevables des montants qui leur ont été demandés au titre de participation aux frais de placement de leurs enfants dans un institut à l'étranger. Elles se sont alors adressées au médiateur. Cette divergence de vues qui porte sur l'application de l'article 8 de la loi modifiée de 1973 fait actuellement l'objet d'un procès devant les tribunaux. Selon les ministères, en ce qui concerne la répartition des frais liés au placement d'enfants handicapés dans un institut d'éducation différenciée à l'étranger, les dispositions de la loi susmentionnée veulent que les frais scolaires de l'éducation différenciée soient pris en charge à 100 % par l'intermédiaire des crédits du ministre de l'Education nationale. A la demande des parents, le ministère de la Famille participe aux frais de séjour dans une institution spécialisée à l'étranger, à condition que l'enfant ait été orienté par la commission médico-psycho-pédagogique nationale. L'Office national de l'enfance intervient au niveau du financement des différentes mesures d'aide, qui ne relèvent pas du champ d'application de la loi sur l'éducation différenciée. Ici, le revenu et la composition du ménage de la famille jouent un rôle. A la fin, les deux ministères avouent que s'il s'avère que d'après l'interprétation des juridictions l'Etat doit garantir la gratuité de séjour dans les instituts à l'étranger, une modification de la législation s'impose.